



## Vorlage Stadtparlament

vom 24. Juni 2014

Nr. 1954

152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

**Einfache Anfrage René Neuweiler; Sozialhilfe an Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung nur zur Stellensuche; Beantwortung**

Am 06. Mai 2014 reichte René Neuweiler die beiliegende Einfache Anfrage betreffend " Sozialhilfe an Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung nur zur Stellensuche" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

Gemäss Sozialhilfegesetz des Kantons St.Gallen (SHG sGS 381.1) bezweckt die Persönliche Sozialhilfe, der Hilfebedürftigkeit vorzubeugen, deren Folgen nach Möglichkeit zu beseitigen oder zu mildern und die Selbsthilfe der Hilfebedürftigen zu fördern (SHG Art. 2 Abs. 1). Sie wird geleistet, sofern die Person einen gesetzlichen Anspruch darauf hat und soweit keine Hilfeleistung durch unterstützungspflichtige Verwandte, andere Private oder private Sozialhilfeeinrichtungen gewährt wird oder diese nicht rechtzeitig verfügbar ist (Art. 2 Abs. 2).

**1 Zu den Fragen 1.1 – 1.4**

Die Stadt St. Gallen bezahlte in den letzten sieben Jahren keine Rückkehrgelder, Sozial- und/oder Nothilfe an Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung nur zur Stellensuche (aufgrund der Einfachen Anfrage wurden die Daten ab 01.01.2007 bis heute evaluiert). Es besteht für solche Personen kein gesetzlicher Anspruch auf Sozialhilfe. Hingegen hat jeder Mensch, der sich in St.Gallen aufhält, einen verfassungsmässigen Anspruch auf Nothilfe.

**2 Erweiterte Ausführungen**

Personen mit einem Ausweis L (EU/EFTA, Kurzaufenthaltsbewilligung) sind Ausländerinnen und Ausländer, die sich befristet, in der Regel für weniger als ein Jahr, für einen bestimmten Aufenthaltswitz mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten. Eine Kurz-



aufenthaltsbewilligung zur Stellensuche wird durch das Migrationsamt des Kantons St.Gallen dann erteilt, wenn sich die betroffene Person um eine Stelle bemüht und genügend finanzielle Mittel für die Aufenthaltsdauer besitzt, so dass keine Sozialhilfe nötig wird. Massgebend sind dabei die Richtlinien der Vereinigung der Migrationsämter Ostschweiz und Fürstentum Liechtenstein (VOF). Diese Richtlinien orientieren sich an den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

Seit 2007 wurden 65 Personen mit einem Ausweis L beim Sozialamt der Stadt St.Gallen respektive den Sozialen Diensten St.Gallen vorstellig und ersuchten um Unterstützung. Bei 16 Personen mussten kurzfristig Leistungen ausgerichtet werden. Diese 16 Personen waren aber nicht zur Stellensuche in der Schweiz, sondern es waren Personen, welche einer Erwerbstätigkeit nachgingen, die aber aufgrund von Einkommensveränderungen (z.B. Wartezeiten bei Unfall- oder Krankentaggeldern, Arbeitslosentaggeldern) auf eine Überbrückung angewiesen waren. Wie eingangs erwähnt, ist das Sozialamt in diesen Fällen verpflichtet, Überbrückungen zu leisten (SHG Art. 2 Abs. 2). Bei allen andern Personen erfolgte keine finanzielle Unterstützung.

### **3            Zur Frage 1.5**

Wie gesagt entscheidet das Migrationsamt des Kantons St. Gallen über den Aufenthalt. Die Stadt St. Gallen hat darauf keinen Einfluss. Im Rahmen der Behandlung einer Motion der CVP-EVP-Fraktion des Kantonsrates hielt die Regierung zur Bewilligungspraxis des Migrationsamtes für Arbeitssuchende Folgendes fest: „Die Bewilligungspraxis des kantonalen Migrationsamtes ist zurückhaltend. Je Jahr werden im Kanton St.Gallen etwa 30 bis 40 Aufenthaltsbewilligungen für Arbeitssuchende erteilt. Derartige Bewilligungen werden in der Regel im Anschluss an einen touristischen Aufenthalt von drei Monaten für maximal drei Monate ausgestellt. Die Dauer des für die Stellensuche bewilligten Aufenthalts beträgt somit in der Regel höchstens sechs Monate. Genauso wie für den touristischen Aufenthalt ist es auch für die Stellensuche notwendig, dass die betreffende Person über ausreichende eigenständige finanzielle Mittel verfügt. Sollte die ausländische Person in der Folge Sozialhilfe beantragen, wird die Bewilligung auf Mitteilung des Sozialamtes hin sofort widerrufen, da die Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung nicht mehr gegeben sind.“<sup>1</sup>

Das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG SR 142.20) regelt grundsätzlich die Meldepflichten. Die Sozialen Dienste St.Gallen melden gemäss Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE Art. 82 Abs. 5 SR 142.201) dem Migrationsamt des Kantons St.Gallen unaufgefordert den Bezug von Sozialhilfeleistungen. Die Mel-

---

<sup>1</sup> Dringliche Motion der CVP-EVP-Fraktion: „Klare Regelung der Sozialhilfeberechtigung für Arbeitssuchende aus der EU“; Kantonsrat St.Gallen, 42.13.12).



derung erfolgt nur dann nicht, wenn die betroffene Person die Niederlassungsbewilligung besitzt und sich seit mehr als 15 Jahren ununterbrochen und ordnungsgemäss in der Schweiz aufhält (VZAE Abs. 5, Art. 63 Abs. 2 AuG). Wird die Aufenthaltsbewilligung entzogen, erfolgt die Aufforderung zur Ausreise sehr rasch (Erfahrungswert der Sozialen Dienste St.Gallen: 30 bis max. 60 Tage).

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Einfache Anfrage vom 6. Mai 2014

